

Causa Privatstiftung

Rechnungshof schließt Prüfung von Pröll-Stiftung nicht aus

RH-Sprecher Neuwirth: "Notwendige Schlüsse ziehen." Verband für gemeinnütziges Stiften stellt Fragen an E.Pröll.

Wien/St. Pölten. (apa/rei) In der durch die Wochenzeitung "Falter" angestoßenen Debatte über die Privatstiftung des niederösterreichischen ÖVP-Landeshauptmanns Erwin Pröll meldet sich nun der Rechnungshof (RH) zu Wort. Dessen Sprecher Christian Neuwirth schloss am Mittwoch eine Prüfung der Stiftung nicht aus. "Der Rechnungshof wird gegebenenfalls die notwendigen Schlüsse für sein Prüfprogramm daraus ziehen", schrieb Neuwirth auf Twitter, fügte allerdings hinzu: "Der Rechnungshof kündigt aus guten Gründen in der Regel nicht an, ob und wen er prüfen wird. Er verfolgt aber stets die aktuelle Berichterstattung, wie jetzt auch rund um die Erwin-Pröll-Stiftung." Erwin Prölls Sprecher Peter Kirchwegger hatte erklärt, die Stiftung werde jährlich von einem gerichtlich bestellten unabhängigen Stiftungsprüfer geprüft. Laut "Salzburger Nachrichten" können die Zuwendungen des Landes - 1,35 Millionen Euro - vom niederösterreichischen Landes-RH erst geprüft werden, wenn die öffentlichen Gelder verwendet werden. Landesförderungen könne man erst prüfen, wenn die Projekte konkret seien.

"Für eine Privatstiftung sind wir nicht zuständig", so Landesrechnungshofdirektorin Edith Goldeband. Der frühere RH-Präsident Franz Fiedler sieht dies anders und fordert eine Prüfung durch Bundes- und Landesrechnungshof. "Auch wenn das Geld noch nicht verwendet wurde, es ist einmal geflossen. Es ist geflossen aus dem Haushalt Niederösterreichs und es kann daher der Rechnungshof überprüfen, ob es nun zweckmäßig ist, diese Gelder anzusparen, wie es offenbar der Fall ist, oder ob nicht eine andere Vorgangsweise sinnvoller gewesen wäre" sagte Fiedler am Mittwoch im Ö1-"Morgenjournal".

Wieso keine Landesstiftung?

Aufklärung fordern auch die niederösterreichischen Grünen, deren Klubobfrau Helga Krismer kündigte am Mittwoch eine Anfrage im Landtag an. Zu Wort meldete sich am Mittwoch auch der Verband für gemeinnütziges Stiften. Er sieht durch die Causa die Institution gemeinnützige Privatstiftung an sich - zu Unrecht - infrage gestellt. "Rechtschaffene und im Sinne der Gemeinschaft engagierte gemeinnützige Privatstiftungen geraten schnell pauschal in Verdacht, zweifelhafte Agenden zu verfolgen", so der Verband in einer Aussendung.

Nicht die Rechtsform Privatstiftung an sich sei das Problem, sondern "Einzelpersonen, die Grenzen des Anstands, der Vereinbarkeit, ihrer Kompetenzen übertreten und damit Funktionen und Institutionen diskreditieren". Über die Gebarung der Pröll-Stiftung will der Verband für gemeinnütziges Stiften zwar nicht urteilen. Man wolle jedoch wissen, wieso ein amtierender ÖVP-Politiker anonyme Spenden annimmt und als Privatperson verbucht.

Ebenso sei zu hinterfragen, wieso nicht gleich eine gemeinnützige Landesstiftung errichtet worden sei, wo doch Prölls Privatstiftung gemeinnützig sei und der Stiftungszweck in Niederösterreich verfolgt werden soll. Auch sei zu hinterfragen, welche Vergaberichtlinien und Kontrollmechanismen es erlauben würden, dass Steuermittel einer Privatstiftung zugeführt werden - und das ohne Information und Diskussion.